

RATS-INFO

Ausgabe Februar 2008



Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem RATS-INFO informieren wir Sie regelmäßig über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover.

Ihr
Michael Höntsch
Fraktionsvorsitzender

„Öffentlich Private Partnerschaft“ bei Schulneubau in Davenstedt

Auf ihrer Februarsitzung hat die Ratsversammlung mit großer Mehrheit entschieden, den Neubau der Grundschule „In der Steinbreite“ von einem privaten Unternehmen organisieren und durchführen zu lassen. Nach dem Bau wird die Stadt die Schule in ihr Eigentum übernehmen, dafür aber über 20 Jahre lang einen Kredit zurückzahlen müssen. DIE LINKE spricht sich gegen dieses so genannte

„Private Public Partnership“ aus, weil das fachkundige, für Bauleistungen zuständige Personal bei der Stadt damit ausgebootet wird. Damit weiß sich DIE LINKE einig mit dem Gesamtpersonalrat. Außerdem verschuldet sich Hannover auf Jahre hinaus, mit den Zinsen zahlt die Stadt drauf. Die Gewinne bleiben beim Unternehmen, das Risiko aber trägt die Kommune – und damit der Steuerzahler.

LINKE: Freier Eintritt in Museen für Kinder und Arbeitslose

Freien Eintritt für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, das fordert die Linksfraktion für die städtischen Museen. Wir wollen damit der Ausgrenzung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen aus dem kulturellen Leben begegnen“, sagt der linke Ratsherr Jeremy Krstic. „Gerade für Kinder und Jugendliche aus so genannten bildungsfernen Schichten stellen die Eintrittspreise an den Museen eine Hürde

dar. Diese Hürde muss fallen.“ Langfristig würden daraus keine finanziellen Einbußen für die Stadt entstehen, da sich bei den jungen Besuchern eine positive Bindung an die Museen entwickelt. Sie werden auch als Erwachsene dieses Angebot wahrnehmen und damit die Zahl der Museumsbesucher vergrößern. Das Beispiel Berlin hat zudem gezeigt, dass Kinder und Jugendliche bei späteren Museumsbesuchen ihre Eltern und Großeltern mitnehmen.

Wie weiter mit der ARGE in der Region Hannover?

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind die Arbeitsgemeinschaften (ARGE) von Kommunen und Arbeitsagentur als so genannte Mischverwaltung nicht verfassungsgemäß. Hannovers Sozialdezernent Thomas Walter (CDU) beantwortete eine Anfrage der SPD zu den Auswirkungen dieses Urteils. Zunächst verwies er darauf, dass nicht die Stadt Träger der ARGE JobCenter ist, sondern die Verantwortung bei der Region liegt. Entscheidend sei aber, dass aufgrund dieses Urteils keine direkten Folgen für die betroffenen Leistungsempfänger zu befürchten seien und alle Zahlungen weiter erfolgen würden. Das vom Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) vorgeschlagene „kooperative JobCenter“

auf Basis einer freiwilligen Vereinbarung zwischen Arbeitsagentur und Region stoße beim Sozialdezernenten der Region, Erwin Jordan (Grüne) auf wenig Gegenliebe. Dieser habe vielmehr eine Kommunalisierung der ARGE, entsprechend dem Optionsmodell, empfohlen. Die Vorteile seien dabei das „Helfen aus einer Hand“, die Berücksichtigung des regionalen Arbeitsmarktes, die direkte Steuerung durch die demokratischen Gremien vor Ort und die Vermeidung von Interessenkonflikten. Nachteil einer Kommunalisierung sei das finanzielle Risiko bei konjunkturellen Schwankungen der Arbeitslosigkeit. Möglich sei auch ein lokales Beschäftigungs- und Integrationsprogramm durch Stadt und Region, so Sozialdezernent Walter.

Atomkonzern wird Gesellschafter bei der Klimaschutzagentur

Nur DIE LINKE hat im Rat dagegen gestimmt, dass der Atomkonzern E.ON als Gesellschafter bei der Klimaschutzagentur Region Hannover einsteigt. Stadt und Region Hannover halten danach zusammen noch 50,8 Prozent der Anteile an der Klimaschutzagentur. Der linke Ratsherr Jeremy Krstic kritisiert die Entscheidung, die auch mit den Stimmen der Grünen beschlossen wurde: „Mit dieser Beteiligung versucht E.ON ein Image als klimafreundlicher Energieerzeuger aufzubauen. Der Konzern setzt aber weiterhin auf Atomenergie, die Stadt

sollte keine Lobbyarbeit dafür leisten und E.ON damit ein Feigenblatt liefern.“ Tatsächlich will E.ON bis zum Jahr 2010 die Investitionen in erneuerbare Energien auf sechs Mrd. Euro verdoppeln – 60 Mrd. Euro aber sollen in den Ausbau konventioneller Energieerzeuger gehen, unter anderem für Kraftwerke ohne Kraft-Wärmekopplung. Und auf der Homepage des Unternehmens heißt es ganz unverblümt: „Ziel von E.ON Energie ist der Klimaschutz durch einen effizienten Energiemix“ mit Atomenergie. Diese wird als „Schlüsselbereich“ zum Klimaschutz bezeichnet.

Naturbad Hainholz teurer als geplant

Das zurzeit noch in Bau befindliche Naturbad Hainholz wird jetzt 192.500 Euro teurer als geplant. Damit erhöht sich die Bausumme auf insgesamt 1.550.500 Euro. Als Gründe dafür nennt die Verwaltung unter anderem Kostensteigerungen bei Rohstoffen und Metallen, die Erhöhung der

Mehrwertsteuer und die konjunkturelle Belebung des Bausektors. Unerwartet waren auch die Altlasten, die kostentreibend entsorgt werden mussten. Dazu gehörten Schuttablagerungen aus der Nachkriegszeit und eine Teerschicht, die unter dem alten Hainhölzer Bad gefunden wurden.

IMPRESSUM